

# PRESSEMITTEILUNG

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



Kreisverband Odenwald

**// AKTIONSTAG 2019 „A13 FÜR ALLE“ //**

Stand:

15.11.2019

„Auf den Anfang kommt es an! Wir wollen, dass die Arbeit in den Grundschulen endlich gleichgestellt und wertgeschätzt wird wie in allen anderen Schulformen!“ so die Forderung der Lehrerinnen und Lehrer, die sich zum Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten der Grünen, Frank Diefenbach, im Grünen-Büro am Marktplatz in Michelstadt einfanden. Sie waren auf Initiative des GEW-Kreisvorstandes Odenwald zusammengekommen, um die Ungerechtigkeit in der Besoldung von Grundschullehrkräften anzuprangern. Während Lehrerinnen und Lehrer aller anderer Schulformen nach A 13 bezahlt werden, müssen sich Grundschullehrerinnen und -lehrer in Hessen mit A 12 begnügen, und das bei der höchsten Unterrichtsverpflichtung in der gesamten BRD.

Im Vergleich arbeiten Grundschullehrkräfte mit den geringeren Bezügen rechnerisch gesehen ab dem 13. November jeden Jahres umsonst. Im bundesweiten Vergleich der Grundschulbesoldung gehöre Hessen zu den Schlusslichtern, so die Sprecherin des GEW-Kreisvorstandsteams Odenwald, Angelika Lerch, was weitreichende Folgen für die Lehrerversorgung, besonders im ländlichen Raum, nach sich ziehe!

Schon jetzt sei der Lehrermangel deutlich spürbar in den Grundschulen des Odenwaldkreises, Vertretungsunterricht durch Personal ohne entsprechende pädagogische Qualifikation an der Tagesordnung. Angesichts steigender Schülerzahlen, der zu erwartenden Pensionierungswelle und fehlender Ausbildungsplätze für Lehrerinnen und Lehrer sei eine dramatische Zuspitzung vorprogrammiert. Auch sei es nicht hinnehmbar, dass Menschen sich über Jahre einarbeiteten, fortbildeten, zu Dumping-Gehältern arbeiteten und die Lücken im Schulbereich dauerhaft „billig“ füllten.

Dabei sei die Aufgabenfülle an den Grundschulen wie auch in den anderen Schulformen immens gewachsen: Digitalisierung, Integration und besonders die Inklusion forderten die Kollegien stark heraus, daneben eine Zunahme an Dokumentationen und an bürokratischen Hürden, die viele Kolleginnen und Kollegen an die Belastungsgrenze bringe. Drastisch wurde das von den anwesenden Odenwälder Lehrerinnen durch Berichte aus der Praxis unterstrichen: „Überlastungsanzeigen zeigen keine Wirkung! Die Inklusion müssen wir alleine stemmen, sonderpädagogische Aufgaben ohne Entlastung übernehmen! Obendrein schlechter bezahlt bei höchster Stundenverpflichtung!

Uns schwillt der Kamm, wir fühlen uns allein gelassen!“

Dabei machten uns andere Bundesländer ein Umdenken vor, so die GEW-Sprecherin, Angelika Lerch: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein haben die Besoldung für Grundschullehrkräfte auf A 13 angehoben, Niedersachsen sei mit einer Zulage auf dem Weg. Es werde auch dem Gedanken Rechnung getragen, Diskriminierungen von Frauen, 92 % der Lehrkräfte in Grundschulen sind Frauen, entgegenzutreten und den Beruf gerade auch für Männer attraktiver zu machen.

Frank Diefenbach nimmt die Problematik in den Grundschulen laut eigener Aussage sehr ernst, fühle sich aber an die Koalitionsbeschlüsse mit der CDU gebunden, die die Debatte um eine einheitliche

Eingangsbesoldung sehe, aber eine zeitnahe Realisierung für unrealistisch halte. Die Finanzierung mit 70 – 80 Millionen Euro pro Jahr könne nur zu Lasten anderer Vorhaben im Bildungsbereich u.a. gehen. „Eine schrittweise Annäherung an die Ziele“ halte er für besser. Dazu gehöre für ihn die Zielrichtung der Grünen, die Situation an schwierigen Schulen zu verbessern. Er werde aber die vorgebrachten Argumente und Informationen in den bildungspolitischen Arbeitskreis der Grünen-Landtagsfraktion einbringen. Auch dem der Diskriminierung von Frauen könne er absolut folgen und werde dieses weitertragen.

Ein schwarz-grüner Sparzweig, den die GEW-Vorstandssprecherin dem Landtagsabgeordneten mitgebracht hatte, stehe symbolisch für die schwarz-grüne Sparpolitik im Bildungsbereich. „Bildung muss endlich Priorität haben in einem reichen Land wie Deutschland!“, so die einhellige Meinung der engagierten Pädagoginnen. Auch ein Kofferchen mit Labels der Bundesländer, die die Besoldung bereits angehoben haben, und wohin die Reise gehen müsse, wurde überreicht.

V.i.S.d.P. Angelika Lerch (Sprecherin des GEW-Vorstandsteam Odenwaldkreis)